

Bürgerbewusstsein und Politische Bildungsforschung

Von Dirk Lange

Bürgerbewusstsein bezeichnet die „innere Seite“ der Demokratie. Die Politische Bildungsforschung interessiert sich für die subjektiven Vorstellungen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und fragt, wie bürgerschaftliche Kompetenzen in Lernprozessen gebildet werden können.



In Europa die Partizipationschancen von Migranten in Parteien und Gewerkschaften zu erhöhen: Dies ist ein Ziel des Forschungsprojekts "Winning Immigrants as Active Members".

Mündige Bürgerinnen und Bürger stellen die Voraussetzung für das Funktionieren demokratischer Ordnungen dar. Ihre Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit ist eine unverzichtbare Ressource demokratischer Gesellschaften. Allerdings ist über den Souverän der Demokratie viel zu wenig bekannt. Vor diesem Hintergrund befasst sich die Politische Bildungsforschung in Oldenburg schwerpunktmäßig mit dem „Bürgerbewusstsein“. Als „innere Seite“ der Demokratie stellt es eine Voraussetzung für die politische Selbststeuerung und gesellschaftliche Partizipation dar. Das Bürgerbewusstsein bezeichnet die Gesamtheit der mentalen Vorstellungen von der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es dient der individuellen Orientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und wandelt sich in Sozialisations- und Lernprozessen.

Bürgerbewusstsein in der Einwanderungsgesellschaft

Migrationen zählen zu den grundlegenden Merkmalen des sozialen Wandels und gehören zu den großen politischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Sie stellen die Bürgerinnen und Bürger der Einwanderungsgesellschaft vor neue Fragen. Aspekte von Migration und Interkulturalität

gewinnen auch für das Bürgerbewusstsein und die Politische Bildung an Relevanz. Migrationspolitische Bildung will die Orientierung in der globalen Migrationsgesellschaft verbessern. Mündige Bürgerschaft wird zukünftig auf interkulturelle Kompetenzen angewiesen sein.

In unserem EU-geförderten Arbeitsschwerpunkt „Bürgerbewusstsein in der Einwanderungsgesellschaft“ werden Migrationsvorstellungen von Lernenden, Demokratievorstellungen von Einwanderern und Strategien migrationspolitischer Bildung untersucht. Eine Studie fragt nach den Konzepten, die Schülerinnen und Schüler über Integration in der Einwanderungsgesellschaft haben. Wie stellen sie sich das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten vor? Was verstehen sie unter „gelungener Integration“? Welche Anforderungen werden dabei an die Aufnahmegesellschaft und welche an die Zuwanderer gestellt? Lassen sich die Schüler- vorstellungen mit sozialwissenschaftlichen Konzepten der Integration, Akkulturation, Assimilation und Transkulturalität in Beziehung setzen? Welche Bildungsstrategien resultieren daraus?

Erste Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Schülerinnen und Schüler Integration als eine Anpassung von Fremden an Bestehendes beschreiben. Sie können Phasen und Etappen

Civic consciousness constitutes the „internal structure“ of democracy. Political education research looks into the concepts which citizens have about politics, economics and society and addresses the question of how citizenship skills can be developed as part of learning processes.

der Eingliederung von Einwanderern identifizieren und begreifen „gelungene Integration“ als einen vollzogenen Identitätswechsel. Die Schülerkonzepte ähneln Assimilationstheorien, in denen die eigentliche Integrationsleistung durch die Migranten erbracht wird: Diese geben ihre Herkunftskultur schrittweise auf und nehmen die Identität der Aufnahmekultur schrittweise an.

Die in unseren Studien identifizierten Integrationsvorstellungen genügen den gesellschaftlichen Anforderungen nicht, da sie die aktuellen Strukturen und Verläufe von Migrationen nicht hinreichend erfassen. Denn der Prozess der Akkulturation fügt dem Bestehenden nicht nur Neues hinzu, vielmehr wandelt sich in der Begegnung mit Fremden auch die Aufnahmegesellschaft. Die Schülerinnen und Schüler können nur ungenügend erfassen, dass sich in einem Integrationsprozess nicht nur die Einwanderer-, sondern auch die Aufnahmegesellschaft verändert.

Auffällig ist auch, dass sich Schülerinnen und Schüler den Integrationsprozess als ein Entweder-Oder vorstellen. Entweder die Migranten passen sich an und werden „Deutsche“, oder sie bleiben „Ausländer“, gleichgültig ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen oder nicht. Moderne Wanderungen zeichnen sich aber durch ihre Transkulturalität aus. Das heißt, dass sich die Migranten unterschiedlichen Räumen und Kulturen gleichzeitig zugehörig fühlen. Die soziale Integration findet „plurilokal“ statt. Schülerinnen und Schüler können diese Form der Akkulturation nicht hinreichend erkennen und beschreiben. Ihre mentalen Modelle deuten diese Formen des sozialen Einschlusses vorschnell als Formen der Abgrenzung und übersehen dadurch aktuelle Phänomene der Einwanderungsgesellschaft.

Die empirischen Erkenntnisse über die Migrationsvorstellungen der Schülerinnen und Schüler gehen in die Entwicklung von Bildungsmaßnahmen ein. Das Comenius-Projekt MilES „Migrationslernen in Europäischen Schulen“ plant einen Fortbildungskurs für europäische Lehrerinnen und Lehrer, in dem innovative Konzepte und Methoden der Migrationsdidaktik vermittelt werden. Die für sechs Partnerländer erarbeiteten Module geben Anregungen, wie das Thema Migration forschend erlernt werden kann. Sie regen Schülerinnen und Schüler an, sich beispielsweise mittels der Dokumentenanalyse, eines Interviews oder einer Videorecherche mit der Migrationsgeschichte ihres Landes auseinanderzusetzen. Migrationslernen,



Wie stellen sich junge Menschen das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten vor? Besonders Schülerinnen und Schüler stehen im Blickpunkt der Politischen Bildungsforschung.

verstanden als Ansatz zum Erforschen von Hintergründen, Zusammenhängen und Folgen von Wanderungsbewegungen, will Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, eine zentrale Herausforderung der europäischen Gesellschaft besser verstehen und beeinflussen zu können.

Das Grundtvig-Projekt WinAct „Winning Immigrants as Active Members“ setzt an dem Umstand an, dass Einwanderer in der europäischen Zivilgesellschaft noch immer unterrepräsentiert sind. Es hat zum Ziel, die Partizipationschancen von Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Hierzu wird ein Fortbildungsprogramm für Erwachsenenbildner aus Europa entwickelt, in dem Wege aufgezeigt werden, wie die Mitwirkung von Einwanderern in Gewerkschaften und Parteien erhöht werden kann. Insbesondere sollen politische Bildner angesprochen werden, die selbst über Migrationserfahrungen verfügen.

Sozialwissenschaftliche Perspektiven

Für die Oldenburger Sozialwissenschaften wird die Erforschung des Bürgerbewusstseins zukünftig profilbildend sein. „Bürgerbewusstsein und Partizipation“ wird – neben „Kollektivität und soziale Emergenz“ sowie „Europäisierung und transnationale Prozesse“ – einen der drei Forschungsschwerpunkte darstellen, die aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive untersucht werden sollen. Für die Politische Bildungsforschung eröffnet sich dabei eine triadische Analyse des Bürgerbewusstseins. Auf der Mikroebene steht das Bürgerbewusstsein als ein mentales Modell des Individuums im Mittelpunkt. Auf der

Makroebene interessieren die gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Kontexte des Bürgerbewusstseins (etwa in Form der Europäisierung und Globalisierung). Auf der Mesoebene wird gefragt, wie sich das Bürgerbewusstsein in (neuen) Partizipationsformen ausdrückt.

Sinnbilder des Bürgerbewusstseins

Thematisch lassen sich die Forschungsfragen fünf Sinnbildern des Bürgerbewusstseins zuordnen.

1. „Vergesellschaftung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie sich Individuen in die und zu einer Gesellschaft integrieren. Welche Vorstellungen existieren über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft? Wie wird soziale Heterogenität subjektiv geordnet und gruppiert? Welche Aussagen und Begründungen über die Bedeutung von sozialen Differenzen (Geschlecht, soziale Ungleichheit, Ethnizität, Herkunft, Lebensstil) sind vorhanden? Wie wird das Verhältnis von sozialer Vielfalt und gesellschaftlicher Integration erklärt? Welche Konzepte sozialer Inklusion und Exklusion werden eingesetzt? Das Sinnbild „Vergesellschaftung“ wandelt sich in sozialen Lernprozessen.

2. „Wertbegründung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, welche allgemein gültigen Prinzipien das soziale Zusammenleben leiten. Welche Werte und Normen werden in politischen Konflikten, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ökonomischen Unternehmungen erkannt? Welche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, politischer Gleichheit, Aner-

kennung von Differenz, Freiheit des Individuums bestehen? Wie werden diese eingefordert und wie werden sie begründet? Das Sinnbild „Wertbegründung“ wandelt sich in politisch-moralischen Lernprozessen.

3. „Bedürfnisbefriedigung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie Bedürfnisse durch Güter befriedigt werden. Wie wird das Funktionieren des ökonomischen Systems erklärt? Welche Konzepte über das Entstehen von Bedürfnissen, die Produktion von Gütern und die Möglichkeiten ihrer Verteilung (u.a. Marktkonzepte) werden verwendet? Welche Vorstellungen zu Arbeit, Arbeitsteilung und Konsum prägen das Bürgerbewusstsein? Das Sinnbild „Bedürfnisbefriedigung“ wandelt sich in politisch-ökonomischen Lernprozessen.

4. „Gesellschaftswandel“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie sich sozialer Wandel vollzieht. Wie werden die Ursachen und die Dynamik sozialen Wandels erklärt? Wie werden Kontinuitäten begründet? In welcher Weise wird die Vergangenheit erinnert und die Zukunft erwartet? Welche Konzepte bspw. der Globalisierung, der Individualisierung, der Demokratisierung oder des Fortschritts sind erkennbar? Das Sinnbild „Gesellschaftswandel“ wandelt sich in historisch-politischen Lernprozessen.

5. „Herrschaftslegitimation“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie partielle Interessen allgemein verbindlich werden. Wie wird die Ausübung von Macht und die Durchsetzung von Interessen beschrieben und gerechtfertigt? Welche Konflikt- und Partizipationsvorstellungen sind erkennbar? Welche Vorstellungen zu Staatlichkeit (national, europäisch, global) und welche Macht- und Herrschaftskonzepte finden Verwendung? Wie werden demokratische und autokratische Herrschaftssysteme legitimiert bzw. kritisiert? Das Sinnbild „Herrschaftslegitimation“ wandelt sich in politischen Lernprozessen.

Fachliche Kompetenzen und Mündigkeit als Ziel

Einen Schwerpunkt der Politischen Bildungsforschung in Oldenburg stellt die empirische Analyse des tatsächlich vorhandenen Bürgerbewusstseins dar. Sie fragt nach den fachlichen Kompetenzen von (zukünftigen) Bürgerinnen und Bürgern, sowie nach den kommunikativen, diskursiven und strukturellen Bedingungen dieser Kompetenz. Die Untersuchungen zielen auf die domänen-

bezogenen Vorstellungen von Lernenden. In mehreren Dissertationen, die im Kontext des Promotionsprogramms „Didaktische Rekonstruktion“ entstehen, werden neben Integrationskonzepten auch Bürgerkonzepte, Genderkonzepte, und Europakonzepte untersucht. Es stellt sich die Frage, welcher impliziter Theorien sich Lernende in der Auseinandersetzung mit politisch-gesellschaftlichen Phänomenen bedienen.

Das durch die Max-Traeger-Stiftung geförderte Projekt „Wie sich Schülerinnen und Schüler die politisch-ökonomische Wirklichkeit vorstellen ...“ untersucht subjektive Vorstellungen zu Armut, Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft. Das Vorhaben begleitet die curricularen Änderungen des Unterrichtsfachs Politik-Wirtschaft an niedersächsischen Gymnasien.

Aber nicht nur das tatsächliche, auch das erwünschte Bürgerbewusstsein ist für die Politische Bildungsforschung von Interesse. Den normativen Referenzpunkt dafür stellt die Mündigkeit von Bürgerinnen und Bürgern und ihr Anspruch auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation dar. Dem Oldenburger Forschungszweig stellt sich die Frage, welche sozialwissenschaftlichen Vorstellungen den Einzelnen dazu motivieren können, für sich selbst Mündigkeit und Autonomie als Wert zu begreifen und sich in diesem Sinne alltäglich mit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auseinanderzusetzen. Mit Tagungen und Sammelbänden zum „Demokratiebewusstsein“ (VS-Verlag), zur „Demokratiekompetenz (VS-Verlag)“, zum „Leitbild Demokratieerziehung“ (Wochen-schau-Verlag) sowie dem sechsbändigen Handbuch „Basiswissen Politische Bildung“ (Schneider-Verlag) hat die Oldenburger Arbeitsgruppe die normative Reflexion des Bürgerbewusstseins in den vergangenen Jahren entscheidend mitgeprägt.

Das prämierte Politik-Labor

Durch die Edition und Redaktion mehrerer Fachzeitschriften (POLIS, Praxis Politik, Praxis Geschichte, Praxis Wirtschaft, Politik unterrichten) ist ein beständiger Wissenstransfer zwischen Politischer Bildungsforschung und Gesellschaft eröffnet. Mit dem Politik-Labor hat die Didaktik der Politischen Bildung eine innovative Form der Zusammenarbeit zwischen Universität und Schule entwickelt. Das Ziel des Politik-Labors ist es, Schülerinnen und Schüler altersgerecht an sozialwissenschaftliche Fragestellungen

und Forschungsmethoden heranzuführen. Während des Besuchs werden Alltagsgegenstände (z.B. Fußball, Handy, Kopftuch) aus der Welt der Jugendlichen untersucht. Die Schülerinnen und Schüler erweitern dabei ihre sozialwissenschaftliche Kompetenz und erkennen zugleich, dass die Sozialwissenschaften einen Beitrag zum Verständnis ihrer alltäglichen Lebenswelt leisten können.

Das vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft prämierte Politik-Labor dient aber nicht nur als außerschulischer Lernort, sondern wird zugleich für die Forschung und Lehre über das Bürgerbewusstsein genutzt. Die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler werden selbst zum Gegenstand der Forschung und mittels Lehr- und Lernexperimenten untersucht. Die Ergebnisse der Begleitforschung gehen wiederum in die Gestaltung der Lernstationen ein, so dass sich das Politik-Labor in einer zirkulären Dynamik entwickelt: Entwicklung von Lernstationen, Schülerbesuchen, Begleitforschung, Entwicklung von Lernstationen.

Zugleich ist das Politik-Labor in Studium und Lehre eingebunden. Es bietet den Raum für ein attraktives Tutorenmodell sowie anwendungsbezogene und forschungsnahe Lehrveranstaltungen.

Der Autor



Prof. Dr. Dirk Lange, Politikwissenschaftler und Politiklehrer, lehrt Didaktik der Politischen Bildung am Institut für Politikwissenschaft, Nach Referendariat und Schultätigkeit promovierte er an der Freien Universität Berlin zur

historisch-politischen Didaktik. Über eine Zwischenstation an der TU Braunschweig kam er 2002 als Juniorprofessor nach Oldenburg. Im Jahr 2005 wurde er hier auf die Professur für „Didaktik der politischen Bildung“ berufen. Er ist Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „Praxis Politik“ sowie Bundesvorsitzender der „Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)“. Langes Arbeitsschwerpunkte: Empirische Politikdidaktik im Rahmen des Promotionsprogramms „Didaktische Rekonstruktion“ und das Forschungsprojekt „Wie sich Schülerinnen und Schüler die politisch-ökonomische Wirklichkeit vorstellen“; Entwicklung von Lernmedien und des Politik-Labors. Die migrationspolitischen Bildungsprojekte werden mit 650.000 € durch die EU gefördert.